

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 D8
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pbn d

Inhalt

39. Jahrgang / 107

5. Juni 1984

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, wünscht Kurt Biedenkopf Erfolg bei seiner Vermittlungstätigkeit im Konflikt der Druckindustrie.
Seite 1

Katharina Focke MdEP, Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten im Europawahlkampf, weist darauf hin, daß der 6. Juni 1944 die fortschrittlichen und antifaschistischen Kräfte Europas vereint.
Seite 3

Egon Lutz MdB analysiert die jüngste Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit: Ein schwarzer Tag für die Regierung.
Seite 5

Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert an die Verpflichtungen aus dem internationalen Tag der Umwelt.
Seite 7

Wir können Kurt Biedenkopf nur Erfolg wünschen

Die Verständigung auf einen Vermittler zeigt: Ein Kompromiß ist möglich

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Wir Sozialdemokraten begrüßen es, daß sich die Industriegewerkschaft Druck und Papier und die Arbeitgeber der Druckindustrie auf einen Vermittler namens Kurt Biedenkopf geeinigt haben. Die Verständigung auf diesen Politiker als Vermittler zeigt, daß der Tarifkonflikt um die 35-Stunden-Woche keineswegs unlösbar ist, sondern daß Chancen auf einen Kompromiß bestehen. Wir Sozialdemokraten plädieren ja seit dem Festfahren der Tarifausinandersetzungen für einen Kompromiß, der den Weg zur Verwirklichung der 35-Stunden-Woche öffnet und eine erste Etappe beinhaltet.

Professor Biedenkopf hat mit seinen ersten Reaktionen auf das Vermittlungs-Angebot unter Beweis gestellt, daß er die Sachlage richtig einschätzt. Vor allem sein Wort, er sei sich bewußt, daß sich diese Vermittlung allein auf den Bereich Druck erstrecke und von einer weiterreichenden, auf andere Tarifbereiche ausstrahlenden Situation, keine Rede sein könne, belegt das. Biedenkopf geht also das Problem mit dem nötigen Ernst und aus der richtigen Perspektive an.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verpflichtung
zur
Klimaschutz
Bewertung



Die Sozialdemokraten kommen freilich nicht umhin, zugleich auf den politischen Rahmen hinzuweisen, innerhalb dessen diese Vermittlung in Gang kommt. Mit Biedenkopf als Vermittler - und sachlich richtig in der jüngsten "Spiegel"-Ausgabe Hans Katzer - haben sich Unions-Politiker zu Wort gemeldet, die derzeit die Entscheidungen der Führungsspitzen der Unionsparteien nicht wesentlich prägen. Der Kurs der CDU in Richtung Wiedererlangung der Macht in Bonn unter Einschluß der FDP und die Politik der Umverteilung von unten nach oben haben die erwähnten Politiker im Spektrum der Union an den Rand gedrängt. So liegt der Wahl Biedenkopf als Vermittler auch der Verlust aller Illusionen über den Charakter der heutigen Unionspolitik zugrunde. Das politische Zentrum der C-Parteien wird offenkundig nicht mehr als "vermittlungsfähig" angesehen - ein nachdenklicher, praktisch vom Rande her argumentierender Mann wie Biedenkopf allerdings schon.

Dies trifft besonders den Bundesarbeitsminister, der von Kanzler Kohl in die Bundesregierung genommen wurde, um den "Draht" zu den Gewerkschaften nicht abreißen zu lassen. Blüm hat diese Funktion verspielt und zugelassen, daß die Regierung nahtlos eine sehr enge Verbindung zu den Arbeitgeberverbänden eingehen konnte.

Damit auch hier keine Illusionen entstehen: Die Verständigung auf Kurt Biedenkopf ist kein Signal, daß sich die Politik der Regierungsparteien längerfristig zu ändern beginnt. Biedenkopf - dies sollte nicht in Vergessenheit geraten - stand mit seiner behutsamen und anständigen Wertung der Gewerkschaften auf dem Stuttgarter CDU-Bundestag ganz alleine. Die Person Biedenkopfs macht allerdings deutlich, wie groß der Kontrast zwischen den Gruppierungen und Personen der CDU geworden ist. So wird Biedenkopf mit seiner Bereitschaft, ein schwieriges Amt zu übernehmen, zu einem Ankläger der gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Regierung - uns freut dieser Sachverhalt nicht, wir registrieren ihn ohne Schadenfreude.

Und weil wir uns der Schwierigkeit seiner Aufgabe bewußt sind, wünschen wir ihm und auch den beteiligten Tarifparteien, daß der Konflikt in der Druckindustrie mit einem akzeptablen Ergebnis zu Ende geht. (-/5.6.1984/ks/va)

+ + +



Der 6. Juni 1944 vereint die fortschrittlichen Kräfte

Unsere Verpflichtung lautet heute: den inneren und äußeren Frieden sichern

Von Katharina Focke MdEP

Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten im Europawahlkampf

Vor 40 Jahren, am 6. Juni 1944, begann mit der Invasion der Alliierten in der Normandie die entscheidende Etappe der Befreiung Europas von der Hitler-Diktatur. Wir Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten in West-Europa sehen uns in der Tradition jener Männer und Frauen, von denen viele aus unseren Reihen kamen, die in besetzten Ländern und auch in Deutschland Widerstand leisteten, die damals in Lagern litten, und die mit Gesundheit und Leben dafür eintraten, daß nach Jahrhunderten blutiger Kriege auf den Schlachtfeldern Europas auf unserem Kontinent endlich der Haß überwunden wurde, Solidarität und Zusammenarbeit den Frieden sicherten, und die demokratischen Prinzipien die Freiheit - auch die Freiheit von Not - gewährleisteten.

Dieser Neuanfang ist in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, die damals das Inferno des Weltkrieges durchlitten, zu einem beachtlichen Teil gelungen. Aber es bleibt noch viel zu tun:

- Der Prozeß der europäischen Einigung, angelegt auf Zusammenarbeit, Partnerschaft und friedliches Miteinander, hat in Westeuropa zu einer Friedensordnung beigetragen, die den Krieg zwischen den miteinander verbundenen Staaten schon lange unvorstellbar gemacht hat. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist zu einem Modell für die Überwindung jahrhundertealter Gegensätze geworden. Aber: Ein starkes und solidarisches Europa muß zu einer ausgleichenden Friedensmacht in den internationalen Konflikten - zwischen Ost und West wie zwischen Nord und Süd in der Welt - werden. Und vor allem: Wir Sozialdemokraten sind an der Seite derer, die dem Wahnsinn des Wettrüstens endlich ein Ende bereiten wollen.
- In den Ländern Westeuropas hat die Entwicklung und Festigung demokratischer Strukturen große Fortschritte gemacht. Westeuropa ist zu einem Hort der Freiheit geworden. Aber: die demokratischen Prinzipien sind auch im Innern für uns unteilbar. Deshalb kämpfen wir mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund für die Demokratisierung der Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Vor allem müssen wir auf europäischer Ebene eine Gegenmacht der Arbeitnehmer aufbauen gegenüber der zunehmenden Beherrschung der Märkte durch multinationale Unternehmen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen.



- In den Ländern Westeuropas ist es in den Jahrzehnten seit dem Weltkrieg gelungen, den Wohlstand vieler Bürger in einem damals kaum vorstellbaren Ausmaß zu steigern. Aber: die Zahl von rund dreizehn Millionen Arbeitslosen in der EG zeigt, daß es neuer Kraftanstrengungen bedarf, damit der wirtschaftliche Fortschritt allen zugute kommen kann. Für uns ist deshalb die Bewältigung der Arbeitslosigkeit die zentrale Aufgabe. Wir treten ein für eine gemeinsame Beschäftigungs- und Industriepolitik in Europa - zu der auch eine umweltfreundliche Energiepolitik gehört -, die die Menschen nicht wie Spielbälle der Macht der Konzerne überläßt und sich mit den Selbstheilungskräften des Marktes zufrieden gibt. Wir wollen die Arbeit gerechter verteilen und durch sozial gesteuerte und die Umwelt schützende Innovation neue Arbeitsplätze schaffen.
- Europa braucht die Jugend. Ohne die Jugend hat unser Kontinent keine Zukunft. Auch deshalb ist die Jugendarbeitslosigkeit, die im Durchschnitt der EG-Länder bei 25 Prozent liegt, nicht hinnehmbar, zumal dem ständig sinkenden Arbeitsvolumen eine noch steigende Zahl Jugendlicher gegenübersteht, die auch keine berufliche Ausbildung erhalten. Wir unterstreichen den Kern der Forderungen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, daß Abhilfe über die Ansätze der Beschäftigungspolitik hinaus durch eine gemeinsame Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie aller zehn EG-Länder für Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren geschaffen werden muß.

Der 6. Juni 1984 vereint die fortschrittlichen Kräfte West-Europas, die sich dem Vermächtnis der antifaschistischen Allianz verpflichtet fühlen. Wir erfüllen unseren Auftrag, indem wir unseren Blick aus der Vergangenheit auf die vor uns liegenden Aufgaben richten und alles in unseren Kräften Stehende tun, um den inneren, vor allem den sozialen Frieden in unseren Ländern zu erhalten und den äußeren Frieden zu sichern.

(-/5.6.1984/ks/va)

+ + +



Ein schwarzer Tag für die Bundesregierung

Anmerkungen zu der Arbeitsmarktstatistik für den Monat Mai 1984

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Allmonatlich erleben wir seit der "Wende" dasselbe Schauspiel: Immer wenn die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit der Öffentlichkeit die Arbeitsmarktzahlen des Vormonats präsentiert, erlebt die Aufschwungpropaganda der Rechtsregierung unseres Landes einen herben Rückschlag.

Schon vor vier Wochen mußte Präsident Franke zur Enttäuschung seiner Bonner Parteifreunde einräumen, daß außer einer in jedem Frühjahr eintretenden saisonalen Entlastung des Arbeitsmarktes keine konjunkturelle Besserung festzustellen ist.

Diese Tatsache wird auch von der heute vorgelegten Arbeitsmarktstatistik für den Monat Mai 1984 bestätigt: Die Arbeitslosigkeit pendelt weiterhin um das Rekordniveau des Jahres 1983, saisonbereinigt nahm sie auch in diesem Monat weiter zu! Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des Jahres 1984 liegt sie sogar noch über dem Vorjahresstand.

Die Ursache dafür ist einleuchtend: Das Sozialprodukt wächst etwa ebenso stark wie die Arbeitsproduktivität, dabei ist kein Aufschwung am Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen.

Besonders bitter wird CDU/CSU/FDP aufstoßen, daß eine von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführte Zusatzerhebung zu dem eindeutigen Ergebnis kam: "Die Arbeitslosenzahl von Ende Mai ist durch die Arbeitskämpfe nicht in nennenswertem Umfang beeinflusst worden."

Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften und ihr angeblicher "Streik gegen den Aufschwung" oder ähnlicher Unsinn aus dem Munde eines scheidenden Parteivorsitzenden und Außenministers auf Zeit können nicht als Buhmänner für den traurigen Zustand auf dem Arbeitsmarkt herangezogen werden.

Die Jahreszeit sorgte im Mai 1984 dafür, daß die absolute Zahl der Arbeitslosen um 120.200 auf 2.133.200 zurückging, das entspricht einer Veränderung der Arbeitslosenquote von 9,1 auf nunmehr 8,6 Prozent.



Der Zugang an Arbeitslosen belief sich auf 223.900 und liegt damit um elf Prozent über der Vorjahreszahl. Seit Februar gibt es hier eine anhaltende sehr bedenkliche Tendenz, denn auch die Zahl der Arbeitslosenmeldungen von Personen, die bisher in einem Arbeitsverhältnis standen, geht nun wieder nach oben.

Im Mai meldeten sich auf der anderen Seite 344.200 Arbeitslose aus der Arbeitslosigkeit ab, das waren zwölf Prozent mehr als vor einem Jahr.

Betriebe und Verwaltungen meldeten 140.500 offene Stellen (+ 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr), und die Zahl der Arbeitsvermittlungen belief sich auf 109.500 (+ 18 Prozent).

Alles in allem vermittelten die Arbeitsämter quer über die gesamte Breite der Berufe im Mai 163.000 Arbeitssuchende.

Da die Arbeitsämter die gemeldeten offenen Stellen schnell wieder besetzen konnten - Welch Wunder bei der hohen Zahl an Arbeitssuchenden -, erhöhte sich der Bestand an offenen Stellen nur mäßig auf 96.600.

Wie aber sähe die Statistik aus, wenn auch die verdeckte Arbeitslosigkeit einbezogen würde, das heißt all die in sie Aufnahme fänden, die bereits resigniert haben und sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden?

Und wie sähe sie aus, wenn es nicht die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gäbe? Diese könnten noch einmal ausgedehnt werden auf 13.200 Vermittlungen in ABM und eine Gesamtzahl an Beschäftigten von 75.300.

Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich von April auf Mai 1984 um 101.900 auf 387.600, wobei "arbeitskampfbedingte Kurzarbeit" laut Bundesanstalt in diesen Zahlen nicht berücksichtigt wurde.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren lag im Mai 1984 unter der des Vorjahres, aber auch hier gewinnt die Statistik ihre positiven Züge über den Einsatz von allgemeinen ABM und beruflichen Bildungsmaßnahmen.

Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten hingegen ging um 136.700 und damit um sechs Prozent, die der arbeitslosen 59jährigen und älteren Arbeitnehmer um 14 Prozent über den Vorjahresstand hinaus.

Die regionalen Unterschiede in der Arbeitsmarktstatistik sind im zurückliegenden Monat noch größer geworden sowohl auf lokaler wie auf der Ebene der Arbeitsamtsbezirke. Bezogen auf die einzelnen Bundesländer reicht die Arbeitslosenquote von 5,3 Prozent in Baden-Württemberg bis 11,3 Prozent in Niedersachsen-Bremen.

Für die aktuelle Tarifaueinandersetzung in der Druck- und der Metallindustrie bedeuten die heutigen Zahlen vor allem eine Bestätigung der Gewerkschaften in ihrem Kampf für die 35-Stunden-Woche.

Hier wird nicht gegen den Aufschwung gestreikt, sondern gegen die drohende 0-Stunden-Woche! Nur eine wirksame Verkürzung der Arbeitszeit kann den Aufschwung am Arbeitsmarkt bewirken, darin bestätigt die Arbeitsmarktstatistik für den Mai 1984 Sozialdemokraten und Gewerkschaften nachhaltig.

Ihre negativen Tendenzen wurden vor Monaten bereits vorhergesehen, nun wird es immer dringlicher, daß die ebenfalls vor Monaten bereits von der Bundesregierung geforderten Konsequenzen hinsichtlich einer aktiven Beschäftigungspolitik in Angriff genommen werden, und daß die Arbeitgeber endlich dem Gebot der Vernunft folgen und im Tarifkampf zugunsten der 35-Stunden-Woche einlenken.

(-/5.6.1984/ks/va)

+ + +

Aufforderung zum umweltpolitischen Handeln

Zum internationalen Tag der Umwelt am 5. Juni 1984

Von Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender des Arbeitsbereichs Umweltschutz

Der internationale Tag der Umwelt wurde auf der UN-Umweltkonferenz 1972 beschlossen. Das Umweltbewußtsein der Menschen sollte vertieft und die Verantwortung für eine bessere Umweltsituation unterstrichen werden.

Inzwischen geht es nicht mehr um einen Mangel an Umweltbewußtsein, sondern um einen starken Handlungsbedarf der Umweltpolitik. Das bloße Erinnern an Verantwortlichkeit ist vielen Bürgern entschieden zu wenig.

Wegen des internationalen Umwelttages verringert sich die Luftverschmutzung nicht um ein Milligramm Schwefeldioxid. Dem Grundwasser wird seinetwegen nicht ein einziges Milligramm Nitrat erspart. Viele Bürger empfinden gerade an diesem Tag das Mißverhältnis zwischen den bisherigen Ergebnissen der internationalen Umweltpolitik und dem sich verschärfenden Ausmaß der Umweltkrise besonders krass. Sie sehen in dem internationalen Umwelttag vornehmlich ein Ritual. Das Etikett täuscht über ausbleibende Fortschritte in der Sache hinweg.

Diese Reaktion ist nicht die schlechteste. Sie läßt darauf schließen, daß sich die Menschen durch einen solchen Tag provoziert fühlen, die Defizite der internationalen Umweltpolitik schnörkellos zu beklagen und gemeinsames umweltpolitisches Handeln anzumehmen. Das aber heißt, daß sich mit dem internationalen Umwelttag Wortgirlanden und bedauernde Hinweise auf den europäischen Bummelzug in Sachen Umweltpolitik nicht mehr vertragen.

Die Bewältigung der Umweltkrise übersteigt die jeweiligen nationalen Möglichkeiten. Die Abgase aus Schornsteinen, der Transport von Giftmüllfässern, die Verklappung von Dünnsäure in der Nordsee, die Verbreitung von Pestiziden und Chemikalien machen an Grenzen nicht halt. Wegen der grenzüberschreitenden Belastungen ist Umweltschutz ein exemplarisches Thema für die internationale Zusammenarbeit. Darauf konzentrieren sich Hoffnungen von Menschen. Kommt es zu einer solchen Zusammenarbeit nur auf dem kleinsten und daher unzureichenden Nenner, dürfte der Glaube an eine gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit erneut erschüttert werden.



Neben umweltpolitischen Erfordernissen gibt es deshalb auch einen schwerwiegenden europapolitischen Grund, warum die Bundesregierung den umweltpolitischen Entscheidungsprozeß in der EG nicht wie ein Naturereignis abwarten kann, um sich anschließend zu fügen. Von der Bundesregierung ist zu verlangen, daß sie ihr ganzes Gewicht im Vorfeld umweltpolitischer Entscheidungen in die Waagschale wirft und in den europäischen Hauptstädten für ihre Position wirbt. Im Fall des bleifreien Benzins und der umweltfreundlichen Autos hat sie dazu auf ganzer Linie versagt. Es bleibt abzuwarten, ob sie in der Lage ist, die internationale Umweltpolitik auf der Konferenz zur Luftreinhaltung in München und auf der Nordsee-Konferenz im Herbst voranzubringen, oder ob sie wiederum nur bloße Absichtserklärungen präsentieren kann. Die Bundesregierung wird auf internationaler Ebene dann am ehesten umweltpolitische Erfolge erzielen, wenn sie nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip vorgeht, sondern national eine Vorreiterrolle übernimmt.

Was die Umweltprobleme im weltweiten Maßstab wie die Meeresverschmutzung, den Landschaftsverbrauch, die Abholzung von Wäldern, Klimaveränderungen, Rohstoffverbrauch oder den Einsatz von Chemikalien in der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen Bedürfnissen insbesondere in den Entwicklungsländern betrifft, sind mit dem Bericht "Global 2000" und dem Bericht der Nord-Süd-Kommission "Das Überleben sichern" unter dem Vorsitz von Willy Brandt wichtige Arbeiten geleistet worden.

Die von der UN-Generalversammlung im letzten Dezember eingesetzte Kommission für Umwelt und Entwicklung, die im Mai 1984 zum ersten Mal in Genf tagte, stellt sich unter starker Beteiligung der Entwicklungsländer derzeit die Aufgabe, bis Ende 1986 einen Bericht zu erarbeiten, in dem langfristige Strategien entwickelt werden sollen.

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas insbesondere gegenüber den USA und Japan wird nicht durch die Vermeidung von Umweltschutzinvestitionen und die fortlaufende Ausweitung des Verbrauchs von Rohstoffen - wie Luft, Boden, Wasser und Energie - gewährleistet, sie ist vielmehr davon abhängig, daß Europa selbst ökologisch-industrielle Innovationsschübe erzeugt.

Der internationale Umwelttag 1984 fordert nicht zu Fensterreden und Bekenntnissen, sondern zum umweltpolitischen Handeln auf. Ohne eine stärkere ökologische Ausrichtung unserer praktischen Politik wird es weder einen ökonomischen noch ökologisch annähernd stabilen Zustand geben. Wir brauchen eine ökologische Modernisierung unserer Volkswirtschaft.

(-/5.6.1984/ks/va)

+ + +

